

können? Oder: Wie kann man denen, die heute bereits im globalen Süden in Armut leben, einen sozialen Aufstieg ermöglichen, humane Lebensbedingungen verschaffen, ohne den CO₂-Ausstoß in einem Maße zu steigern, dass die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört werden (Tanuro 2015, 19)?

1.1 Die Möglichkeit einer sozial-ökologischen Sozialstaatspolitik

All das sind Verteilungsfragen – Fragen der Verteilung von Lebenschancen und Reichtum, von Verantwortung für die drohende Klimakatastrophe und Fragen der Verteilung der Lasten und Kosten für ihre Bewältigung auf die verschiedenen Gesellschaftsklassen und Schichten innerhalb dieser Klassen. *Dabei wird zumindest in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland auch der Wohlfahrtsstaat eine entscheidende Rolle spielen, dessen Umbau eine sozial gerechte Bewältigung der Klimakrise ermöglichen könnte*, wenn er mehr soziale Sicherheit und einen demokratischen Eingriff in die Wirtschaft ermöglicht (Riexinger 2020, 48–54) – oder auch nicht. In jedem Fall wird jede Klimapolitik zugleich eine konfliktthafte Klassenpolitik sein (Dörre 2019c, 47). Denn wie Naomi Klein zurecht feststellt:

»Wer zu den Gewinnern unseres Wirtschaftssystems gehört und von noch größeren Gewinnern bezahlt wird [...], wird sich bei jedem Bemühen um eine klimafreundlichere Gesetzgebung von dem Gedanken leiten lassen, die Veränderungen so minimal wie möglich zu halten und den Status Quo weitgehend zu erhalten.« (Klein 2019c, 77)

Das gilt für effiziente Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, das gilt aber auch für das heute erreichte Maß an sozialer Ungleichheit und Unsicherheit, das die prekäre Zweidrittelgesellschaft prägt.

Der Wohlfahrtsstaat ist für die möglichen Zukünfte unserer Gesellschaft entscheidend. Er bestimmt darüber mit, wie groß die soziale Ungleichheit und Unsicherheit in Deutschland ist, welche Lebenschancen die Menschen haben, wie das Machtgefälle zwischen den Gesellschaftsklassen genau aussieht, wie die Wirtschaft funktioniert (siehe Kap. 2.1 – 2.2).

Genau darum ist Wohlfahrtsstaatspolitik dafür entscheidend, wie eigentlich die oben angesprochene ökologische Transformation unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft genau aussehen wird. Ein ökologischer Umbau kann – wie im Rahmen des heute politisch vorherrschenden Ansatzes – als marktwirtschaftlicher Green New Deal gestaltet werden. Wirtschaftswachstum soll dabei durch Umwelt- und Klimaschutz erreicht werden, weil so neue Märkte entstehen – Konflikte mit größeren fossilen Kapitalgruppen spielen dabei keine Rolle, das Klima soll im Bündnis mit den Unternehmen geschützt werden. Es handelt sich um »Politik durch den Markt«, wozu aber durchaus staatliche Vermittlungen, Investitionen und Projekte gehören (können). Der Sozialstaat, wenn denn überhaupt, wird in dieser Strategie höchstens für die Abfederung des Umbaus gebraucht.

Aber denkbar sind auch linkssozialdemokratische oder sozialistische Varianten des Green New Deal (siehe Kap. 2.3). Sie teilen zwei Gemeinsamkeiten. Erstens wird in diesen Konzepten der Kampf gegen die Zerstörung der ökologischen Existenzgrundlagen

gleichzeitig mit dem Streit für mehr Demokratie, für mehr soziale Sicherheit und soziale Gleichheit verbunden. Deshalb haben diese linken Visionen des Green New Deal eine antagonistische Seite, ohne Konflikte mit dem Kapital geht es nicht. Es handelt sich um »Politik gegen den Markt«. Zweitens spielt der Wohlfahrtsstaat aus diesen Gründen in beiden Varianten eine wichtige Rolle, es handelt sich um einen »starken Sozialstaat mit Mission«, wie man in Anlehnung an Mariana Mazzucato sagen könnte (Mazzucato 2020, 85f.). *Politik gegen den Markt heißt immer: mehr demokratische Wohlfahrtsstaatspolitik, bei der das Demokratische großgeschrieben werden soll, also die Beteiligung von Belegschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren* (Dörre 2019b, 26f.; Jessop 2019, 108; Riexinger 2020, 64f.; Satgar 2019, 160f.).

Zum ökologischen Umbau der Wirtschaft und unserer Lebensweise gehören demnach beispielsweise Umverteilung (u.a. der Kosten), die Gewährleistung von sozialer Sicherheit (etwa für Beschäftigte, die ihre Jobs in Branchen verlieren, die vom fossilen Kapital dominiert werden), Investitionen in Transfer- und Weiterbildungsgesellschaften, massive Investitionen in ein Verkehrssystem, das durch öffentlichen Nahverkehr geprägt ist, aber auch wirtschaftsdemokratische Eingriffe, durch die demokratisch gestaltet werden kann, was in den Unternehmen passiert – inklusive ökologischer Lenkungswirkung (ausführlich zu den drei Varianten des Green New Deal siehe Kap. 2.3). In diesem Sinne kann der Sozialstaat auch in der ökologischen Transformation dafür entscheidend sein, ob dabei die Unsicherheit, die Kapitalmacht und die soziale Ungleichheit noch vergrößert werden – oder ob eine soziale, demokratische und ökologisch nachhaltige Transformation des Kapitalismus, oder gar über ihn hinaus, gelingen kann.

Politische Projekte, das Alltagsbewusstsein und Sozialstaatskoalitionen

Welche Wohlfahrtsstaatspolitik unsere Gesellschaft in Zukunft prägen wird, ist davon abhängig, welche politischen Projekte hegemonial werden. Politische Projekte sind Netzwerke politischer Organisationen, aber auch von Akteuren aus sozialen Bewegungen, Verbänden, Gewerkschaften usw., die sich um eine oder mehrere Ankerparteien bilden (siehe Kap. 2.4). Jedes Projekt versucht gesellschaftliche Klassenallianzen – oder: soziale Blöcke (Dörre 2021, 233) – zu schmieden, um ihr Entwicklungsmodell für die Gesellschaft durchzusetzen, zu dem in der Regel ein eigenes und besonderes Sozialstaatsprojekt gehört: Wie genau soll der Wohlfahrtsstaat aussehen, was soll er leisten, wie soll er finanziert werden? Das nenne ich in Anlehnung an Walter Korpi (und andere) den *demokratischen Klassenkampf* (Korpi 1983), der sich innerhalb des Staates ausdrückt und niederschlägt. In Form von Netzwerken, Gesetzen und auch im konkreten institutionellen Aufbau (siehe Kap. 2.1 – 2.2).

Im Moment konkurrieren in Deutschland vier Projekte miteinander, das sozialliberal-ökologische Modernisierungsprojekt mit einem konservativ-liberalen Projekt, mit einem antiökologisch-nationalradikalen⁶ und einem – eher krisenhaft und latent

6 Den Begriff des Nationalradikalismus habe ich von Wilhelm Heitmeyer übernommen (Heitmeyer 2018, 14). Der autoritäre Nationalradikalismus verspricht, so Heitmeyer, erstens Kontrollgewinne durch starke Führung und Hierarchien, rückt Kampf und Konflikt in den Vordergrund. Darüber hinaus setzt er zweitens auf die Bevorzugung der Deutschen, also auf die Privilegierung des einfa-

vorhandenen – linkssozial-ökologischen Projekt, dem Projekt des Grünen Sozialismus⁷ (siehe Kap. 2.4 und 3)⁸. Sie alle folgten auf und aus der Neoliberalisierung der deutschen Gesellschaft, die seit den frühen 1980er Jahren durch einen liberal-konservativen und einem marktsozialdemokratisch-ökologischen Modernisierungsblock betrieben worden ist (siehe Kap. 3.2). Und sie alle unterscheiden sich grundlegend darin, wie oben bereits angedeutet, wie sie auf die schleichende soziale und die sich verschärfende ökologische Krise antworten, die die prekäre Zweidrittelgesellschaft durchziehen, sie konstituieren. Jedes politische Projekt schlägt eine Art Entwicklungsmodell für das Land vor, zu dem auch ein jeweils eigensinniges Sozialstaatsprojekt gehört. Was die verschiedenen Projekte voneinander trennt, ist nicht zuletzt, ob und in welchem Maße sie versuchen Gleichheit oder Ungleichheit, Demokratisierung oder Hierarchien zu stärken und welche Rolle und Aufgaben der Wohlfahrtsstaat dabei spielt. Ausführlicher werde ich die Eigenschaften dieser verschiedenen Projekte in Kapitel 3 darstellen.

Die Zukunft der prekären Zweidrittelgesellschaft, die weitere Entwicklung der sozialen und ökologischen Krisen, die sie durchziehen, ist davon abhängig, welche dieser vier Projekte in der Lage sein werden, tragfähige gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden, für ihre Sozialstaatsprojekte Unterstützung zu gewinnen. Aber wie analysiert man die politischen Potenziale der verschiedenen politischen Projekte, sich durchzusetzen? Anregung bietet hier der jamaikanisch-englische Kulturwissenschaftler Stuart Hall, der Ende der 1980er Jahre mit seiner Arbeit »The Hard Road to Renewal« (Hall 1988) eine Sammlung von Analysen vorlegte, in denen er sich mit einem der einflussreichsten politischen Projekte beschäftigte, die es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab: dem neoliberalen Thatcherismus in England und dessen Sozialstaatsprojekt. Dabei begnügte er sich nicht damit herauszuarbeiten, dass sich die damals neue Rechte gegen den Sozialstaat wandte, er analysierte genau, wie dieses Projekt funktionierte, wie es sich ideologisch-kulturell von der alten Rechten unterschied, wie es in die Krise der Gesellschaft und in die Krise der Sozialdemokratie eingeflochten war. Ausführlich widmete er sich insbesondere der Fähigkeit des Thatcherismus, Unterstützung und Zustimmung aus unteren Schichten zu gewinnen (ebd., 6). Zwei Punkte unterstrich er in diesem Zusammenhang ganz besonders.

Die Veränderung des Klassenterrains: Hall unterstrich erstens, dass das neoliberale Projekt in einer engen Verbindung stand mit der *Veränderung der konkreten Klassenverhältnis-*

chen Volkes, das ethnisch-kulturell definiert wird (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, 103). Verbunden wird dies mit einem Überlegenheitsversprechen und -anspruch. Drittens verspricht der Nationalradikalismus grundlegende Veränderungen, bedient sich aber auch eines »rabiate(n) und emotionalisierende(n) Mobilisierungsstils, (...) (der) vor allem mit menschenfeindlichen Grenzüberschreitungen (...) (arbeiten).« (Heitmeyer 2018, 234–235).

- 7 Im Folgenden schreibe ich vom grünen Sozialismus, wenn das Ziel gemeint ist (klein geschriebenes Grün), vom Grünen Sozialismus (groß geschriebenes Grün), wenn ich das politische Projekt bezeichne, das dieses Ziel verfolgt.
- 8 Ob ein konservativ-nationalradikales Projekt entstehen kann, das eine Annäherung zwischen Christdemokratie und AfD voraussetzen würde, ist m.E. offen. Ich werde dies im Weiteren nicht diskutieren, insbesondere in Ostdeutschland gab und gibt es allerdings Versuche punktuell zusammenzuarbeiten.

se, der konkreten sozialen Zusammensetzung der englischen Gesellschaftsklassen, die sich stark wandelte und durch die neoliberale Politik noch weiter verändert wurde. Halls Argument war weitreichend: Das Klassenterrain, auf dem politische Auseinandersetzungen geführt wurden, befand sich nicht nur graduell in Veränderung (wie es in Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise dominiert, immer der Fall ist), sondern ein struktureller, epochaler Bruch hatte begonnen, durch den die materielle Basis, die institutionellen und auch die kulturellen Grundlagen sich radikal veränderten, auf denen u.a. auch die bis dahin traditionelle sozialdemokratische Klassenpolitik eine dominante politische Kraft sein konnte. Die berufliche Struktur veränderte sich, auch die Qualifikationsstrukturen, aber auch die geschlechtliche Zusammensetzung des in den Arbeitsmarkt integrierten Teils der unteren Klassen, und ihre ethnische Zusammensetzung wandelten sich – auch Klassenkulturen blieben davon nicht unberührt (ebd., 5). Hier knüpfe ich an. *Klassenstrukturen und die konkrete soziale Zusammensetzung der Klassen – die Ungleichheitsverhältnisse in und zwischen ihnen – stellen für politische Projekte gleichzeitig ein Handlungsterrain und ein »Rohmaterial«* (Esping-Andersen 1985, 27) dar, auf und mit denen Strategien entwickelt werden müssen. Sie prägen Lebenserfahrungen und auch Sichtweisen der Menschen, sie bringen Probleme hervor, zu denen politische Projekte sich verhalten müssen. Deshalb werde ich mich in Kapitel 4 mit der prekären Zweidrittelgesellschaft beschäftigen. Ich werde mich darauf konzentrieren, Entwicklungslinien nachzuzeichnen (z.B. den Rückgang der Industriebeschäftigung, das Wachstum atypischer und prekärer Arbeitsverhältnisse oder die Zunahme von Migrationserfahrungen), von denen ich annehme, dass sie das Klassenterrain der politischen Auseinandersetzung so sehr verändert haben, dass alle politischen Projekte, die in dieser Gesellschaft relevant werden wollen, auf möglichst viele dieser Aspekte Bezug nehmen müssen.

Ideologische Arbeit und populäre Ideologien als strategisches Terrain: Stuart Hall betonte in »The Hard Road to Renewal« zweitens eindringlich, und das ist für mich am wichtigsten, dass der Erfolg des Thatcherismus bzw. politischer Projekte – ich verallgemeinere hier – nur verstanden werden kann, wenn dessen politisch-ideologische Arbeit analysiert wird. Zu dieser ideologischen Arbeit gehören ihre sinnstiftenden Erzählungen und Deutungsangebote, durch die sie es verstehen, Konsens zu organisieren, im Fall des Neoliberalismus also die Fähigkeit, nicht in erster Linie durch Zwang, sondern gestützt auf aktive demokratische Zustimmung die englische Gesellschaft radikal zu verändern. In der Analyse der ideologischen Seite politischer Projekte kann man sich der jeweiligen ideologischen (De-)Konstruktionsarbeit widmen, die jedes Projekt leisten muss. Ebenso wichtig ist ein Verständnis der populären Kultur, der Unzufriedenheiten, des (widersprüchlichen) Alltagsbewusstseins, an die politische Projekte ideologisch anknüpfen müssen, wenn sie politisch führend werden wollen. Denn gerade die verbreiteten Gerechtigkeitsvorstellungen, die von den Menschen i.d.R. nicht bewusst gelernt werden und zum größten Teil der Zeit nicht bewusst reflektiert werden, bilden, wie Hall unterstreicht, eine wirkungsvolle materielle Kraft in den unteren Klassen (Hall 1988, 143). Insbesondere in krisenhaften Zeiten

»[...] konstituieren die populären Ideologien (also die Ideologien in den Volksklassen, T.G.) ein besonders wichtiges strategisches Terrain, eine Arena aktiver Interventionen durch organisierte ideologische Kräfte.« (ebd., 138)

Intervenieren heißt in diesem Zusammenhang: anknüpfen, um zu verändern. Das politische Projekt des Thatcherismus, so Hall, konnte stark werden, weil es ihm gelang, Zustimmung und Unterstützung auch in der Arbeiter*innenklasse und bei einfachen Angestellten zu finden, nicht nur indem es ideologisch die Karte des Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit ausspielte (was tatsächlich geschah), sondern weil es die neue Rechte beispielsweise auch vermochte, an typische Unzufriedenheiten und echte Interessenswidersprüche anzuknüpfen, etwa die Unzufriedenheit mit bevormundenden Sozialstaatsbürokratien oder den Widerspruch zwischen dem Interesse an einem guten staatlichen Gesundheitssystem und dem Interesse daran, möglichst wenige Steuern zu zahlen (ebd., 274).

Politische Projekte, so lässt sich schlussfolgern, die führend werden wollen, müssen ideologische Auseinandersetzungen führen und deshalb eigene ideologische Deutungsrahmen anbieten, die Sinn stiften, innerhalb derer konkrete Ideen und politische Vorschläge eine Kohärenz gewinnen, und für die Adressaten Überzeugungskraft gewinnen, also an vorhandene populäre Ideologien und Elemente des verbreiteten Alltagsbewusstseins wirkungsvoll anknüpfen können – Deutungsrahmen, die erklären können, was in der Gesellschaft geschieht, eine Vision ihrer Zukunft entfalten und dies anhand einiger wichtiger Themen zum Ausdruck bringen (ebd., 271).

Auch hier knüpfe ich an und wende mich dem strategischen Terrain der populären Ideologien zu. In Kapitel 5 setze ich mich mit wichtigen Trends auf diesem Feld der Ideologien (Kap. 5.1), mit Deutungstendenzen (Kap. 5.2), mit sozialen Deutungsmustern (Kap. 5.3) und mit politischen (Sozialstaats-)Orientierungen und Wahlverhalten (Kap. 5.4) auseinander. Ich gehe der Frage nach, *ob es in wichtigen Teilen der populären Klassen in den Einstellungen und Deutungsmustern, die sich im Alltagsbewusstsein niederschlagen und mit deren Hilfe Erfahrung verarbeitet wird, Potenziale für ein linkes sozial-ökologisches Sozialstaatsprojekt gibt*. Während ich die Deutungsmuster und Deutungstendenzen durch eine eigene qualitative Untersuchung rekonstruiere, greife ich ansonsten auf bereits vorliegende Untersuchungsergebnisse bzw. Sekundärliteratur zurück. In der Deutungsmusteranalyse rekonstruiere ich auch Ansprüche an Arbeit, den Blick auf die betriebliche Situation. Im Mittelpunkt stehen aber Deutungen der sozialen Ungleichheit, zentraler politischer Probleme, generell der Blick auf Politik und Staat und insbesondere Sozialstaatsorientierungen. Ich beanspruche nicht eine Landkarte der heute in Deutschland vorhandenen Bewusstseinsformen, Mentalitäten oder Einstellungen zu zeichnen. Ich setze vielmehr ein Puzzle zusammen, das notwendigerweise im Rahmen einer einzelnen Studie lediglich unvollendet bleiben kann.

Ein wesentliches Puzzlestück ist dabei meine eigene qualitative Studie zu sozialen Deutungsmustern in gewerkschaftlichen Milieus. *Diese qualitative Deutungsmusteranalyse ist natürlich nicht repräsentativ. Ihr Wert liegt darin, das Alltagsbewusstsein detaillierter zu analysieren und die Alltagsphilosophie sichtbar zu machen, in die einzelne Meinungen eingebettet sind*. Das ist unerlässlich, will man – wie Stuart Hall es im Fall des Thatcherismus versuchte – verstehen, woran politische Projekte nicht nur durch konkrete politische Forderungen, sondern durch eigene ideologisch-kulturelle Hegemoniepolitik anknüpfen können – und müssen. Dabei schließe ich auch direkt an meine Auseinandersetzung mit der prekären Zweidrittelgesellschaft an. Denn ich habe gezielt Lohnabhängige interviewt, die

zu unterschiedlichen Teilen der Arbeiter*innenklasse bzw. der proletarisierten Schichten der lohnabhängigen Mittelklasse gehören (siehe Kap. 4.2) und in unterschiedlichen Soziallagen leben. Gesprochen habe ich deshalb mit Kolleg*innen aus drei Beschäftigtengruppen, die sich dahingehend unterscheiden, wie in den jeweiligen Branchen die Beschäftigungs- und Entlohnungsstandards jeweils aussehen, welchen Tätigkeiten die Beschäftigten typischerweise nachgehen und wie verbreitet prekäre Arbeitsverhältnisse sind: Beschäftigte der Industrie (Werkzeug- und Maschinenbau sowie Automobilindustrie), aus dem Handel und Pflegepersonal aus Krankenhäusern. Meines Erachtens stehen sie beispielhaft für drei wichtige Teile der modernen Arbeiter*innenklasse und der lohnabhängigen Mittelklasse (siehe Kap. 4.2), deren Arbeits- und Lebensbedingungen sich deutlich voneinander unterscheiden. Möglicherweise unterscheiden sich auch die verbreiteten Deutungsmuster bzw. Formen des Alltagsbewusstseins, die Deutungen der Arbeitswelt, der Politik, der Ungleichheit oder die Ansprüche an den Sozialstaat deutlich voneinander? Welche Bündnismöglichkeiten gibt es zwischen ihnen – aber was trennt sie auch voneinander? Wenn, so der weitergehende Gedanke, es Potenziale für ein transformatorisches sozial-ökologisches Sozialstaatsprojekt gibt, dann am ehesten innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus.

Es geht in diesem Buch deshalb beispielsweise um Karl, der auf eine soziale Abstiegs-geschichte zurückblickt, der im Lager eines großen Versandhändlers arbeitet, seine Tätigkeit als verdummend empfindet, sich gewerkschaftlich für einen Tarifvertrag einsetzt, sich aber politisch vor allen Dingen über die kulturelle Überfremdung und Benachteiligung gegenüber Migrant*innen empört. Herr im eigenen Haus – in Deutschland – möchte er sein. Es geht um Karin, die in einem Unternehmen des Werkzeugbaus beschäftigt ist, meint, die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer weiter auseinander, insbesondere unter dem schlechten Arbeitsklima im Betrieb leidet, das sie auf die Sparpolitik des Managements zurückführt. Karin wünscht sich mehr Zusammenhalt und Gerechtigkeit, sie wünscht sich auch eine ökologischere Politik, schreckt aber vor zu großer ökologischer Radikalität zurück. Es geht um Mark, der im Krankenhaus arbeitet, an einem Arbeitskampf teilgenommen hat, über die große Arbeitsüberlastung stöhnt und enorm unzufrieden ist mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Insbesondere der Klimawandel, die Lobbymacht von Konzernen und die große soziale Ungleichheit im Land treiben ihn an und um, machen ihn zu einem scharfen ökosozialen Kritiker dieser Gesellschaft. Und es geht zum Beispiel um Jens, der seit mehr als 25 Jahren in einem Unternehmen der Maschinenbauindustrie beschäftigt ist, für sich und seine Kolleg*innen Respekt und Anerkennung verlangt, gesellschaftlich Ungleichheit, Egoismus und Lobbymacht kritisiert, sich Sorgen um eine mögliche ökologische Radikalität der Grünen macht, sich aber gleichzeitig eine vernünftige Umwelt- und Klimaschutzpolitik wünscht, da er als naturverbundener Mensch mit großer Sorge das Waldsterben in seiner Heimatregion verfolgt.

In den Interviews, die ich für die Deutungsmusteranalyse geführt habe – 40 lange Problemzentrierte Interviews, die zwischen 2 und 6 Stunden lang sind –, konnten meine Gesprächspartner*innen frei und ausführlich auf Fragen antworten, etwa auf die, vor welchen sozialen und/oder politischen Problemen sie die Bundesrepublik eigentlich ge-

stellt sehen. Nur dann, wenn meine Interviewpartner*innen beispielsweise nicht bereits von sich aus auf das Thema der materiellen Ungleichheit oder des Klimawandels eingegangen sind, habe ich eine konfrontative Frage dazu gestellt (d.h. ich habe ihnen eine vorbereitete Aussage zum Thema vorgestellt), um ihre Meinung dazu zu erfahren. Ergänzt habe ich diese intensiven Gespräche durch 34 Kurzinterviews. Die Gesprächsführung war deutlich stärker strukturiert, trotzdem boten sie den Gesprächspartner*innen die Möglichkeit, ausführlicher zu antworten. Aus diesen Kurzinterviews, in denen Meinungen zu Arbeit, materieller Ungleichheitsentwicklung, Sozialstaat und Politik erfragt wurden, habe ich Deutungstendenzen herausgearbeitet, die ich in einem eigenständigen Kapitel darstelle (siehe Kap. 5.2).

1.2 Alltagsbewusstsein und politische Bewusstseinsforschung

Durch die Auseinandersetzung mit wichtigen Trends auf dem Terrain populärer Ideologien, mit Deutungstendenzen und Deutungsmustern, mit politischen (Sozialstaats-)Orientierungen und Wahlverhalten beleuchte ich unterschiedliche Facetten des gesellschaftlich verbreiteten Alltagsverstandes bzw. Alltagsbewusstseins. Ich knüpfe damit an die arbeits- und industriesoziologische Tradition einer politischen Bewusstseinsforschung an, die sich einerseits für das Verhältnis zwischen Arbeit und Politik (Menz 2022, 146f.), andererseits für demokratische und emanzipatorische Potenziale im Beschäftigtenbewusstsein interessiert⁹.

Unter dem Alltagsbewusstsein verstehe ich ein nicht-kohärentes Ensemble von veränderbaren und verfestigten Einstellungen und Deutungsmustern, mit denen Menschen sich in der Welt orientieren. In diesem Alltagsbewusstsein ist ein gesellschaftlich verbreitetes und gesellschaftlich vermitteltes Wissen abgelagert. Laut Antonio Gramsci sind alle Menschen Alltagsphilosophen (Gramsci 2004, 96), die mit Hilfe von Alltagstheorien versuchen, ihre Erfahrungen und ihre Welt sinnhaft zu deuten. Das Alltagsbewusstsein ist eine Art »Brille« und zugleich ein Ergebnis dieser permanenten Deutungsarbeit.

9 Die Forschung zum Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein von Lohnabhängigen (faktisch lange: männlichen Industriearbeitern) hat in der deutschen Soziologie eine lange Tradition (siehe z.B. Kern/Schumann 1985; Wittemann 1985). In jüngster Zeit gab es ein Revival empirischer Untersuchungen des Arbeits- und/oder Gesellschaftsbewusstseins (siehe z.B. Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020; Dörre/Happ/Matuschek 2013; Goes 2015; Hürtgen/Voswinkel 2014; Kratzer/Menz/Tullius/Wolf 2015; Bose/Köster/Lütten 2018; Dörre 2020; Kuhlmann/Prekodravac/Rüb/Vogel 2022) von abhängig Beschäftigten, an das ich mit den empirischen Teilen meiner Arbeit anknüpfen möchte. Ich beziehe mich dabei auf zwei intellektuelle Traditionslinien. Zum einen auf die an den englischen Historiker E.P. Thompson anknüpfende Sozialgeschichtsschreibung, die sich für eigenständige Ungerechtigkeitsvorstellungen und kulturelle Praktiken von Handwerker*innen und Arbeiter*innen als Teil der Herausbildung von sozialen Klassen interessierte (Thompson 1979) – in meiner Dissertation (Goes 2015) habe ich das Konzept der Moralischen Ökonomie für die Untersuchung von gewerkschaftlichen Solidaritäts- und Mobilisierungspotenzialen genutzt (siehe auch: Bell 2009; Hürtgen 2017; Beck/Westheuser 2022). Die zweite Traditionslinie ist die der erwähnten Deutungsmusteranalyse (Zoll 1981), die sich zwar für Arbeits- und Reproduktionsbedingungen von abhängig Beschäftigten interessierte, der Eigenlogik der Verarbeitungsweisen aber eine größere empirische Aufmerksamkeit widmete als andere industriesoziologische Ansätze der 1970er Jahre.